

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen
Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drs.
16/2709**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frauen bekommen in Deutschland fast ein Viertel weniger Gehalt als Männer. Mit diesem Wert steht Deutschland an viertletzter Stelle von 27 EU-Staaten. Dafür bekommt man in keinem Wettbewerb eine Medaille. Es reicht höchstens für eine Teilnahmebescheinigung. Der Anteil der Frauen im Topmanagement der größeren deutschen Wirtschaftsunternehmen beträgt nur 5,9 %. Vor Kurzem gab es eine Jubelmeldung. Es hieß, der Anteil der Frauen in Vorständen von DAX-Unternehmen hätte sich vervierfacht. Das ist mathematisch korrekt. Es gab eine Steigerung von einer Frau auf vier Frauen auf Vorstandsebene. Das ist kein Grund zum Jubeln. Das ist ein Trauerspiel.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehen wir uns nun einmal den Bericht der Landesregierung an, auf den die Vorlage auch Bezug nimmt. Darin findet sich u. a. die Aussage, dass Frauen in der öffentlichen Verwaltung - das haben wir gerade schon gehört - in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert sind. Es gibt in diesem Bericht noch mehr Aussagen in dieser Richtung. Auch in der öffentlichen Verwaltung in Niedersachsen gibt es also noch lange keine faktische Gleichberechtigung. Wir haben die Zahlen vorhin gehört. Ich zitiere eine Passage aus dem Bericht der Landesregierung:

„Vermutlich handelt es sich hierbei um eine Art Selffulfilling Prophecy. In der Arbeitswelt wird angenommen, dass Frauen sich aus familiären Gründen nicht beruflich engagieren können bzw. wollen. Dadurch werden Frauen vermutlich in vielen Fällen bei der Besetzung von Führungspositionen übergangen bzw. nicht ermutigt, sich zu bewerben.“

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich teile diese Einschätzung in dem Bericht der Landesregierung. Solches Denken fußt auf tief verwurzelten Rollenbildern, die über Jahrhunderte, sogar Jahrtausende mehr oder weniger subtil weitergegeben wurden, oft unterhalb dessen, was wir bewusst reflektieren.

Was ist nun also zu tun? Abwarten, dass sich alles mit der Zeit von selbst bereinigt? - Das wird nicht passieren. Das passiert schon sehr lange Zeit nicht. Wir sind wohl auch alle zu sehr in unserer eigenen Sozialisation gefangen, als dass wir in der Lage wären, bei jeder einzelnen Entscheidung über Einstellung oder Beförderung von selbst ganz geschlechtsobjektiv zu verfahren. Über die formale Gleichberechtigung hinaus braucht es deshalb einen Rahmen für solche Entscheidungen, eine Verpflichtung, sich ganz ausdrücklich mit der Frage „Frau oder Mann?“ zu befassen und Frauen zunächst vorzuziehen, bis das Ungleichgewicht beseitigt ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Solche Prozentvorgaben oder Quotierungen wecken bei mir persönlich keine Begeisterungstürme. Aber ohne solche Regelungen hat es viel zu lange Stillstand gegeben. Das Positive an solchen Quoten ist: Frauen kommen in größerer Zahl in gehobene Positionen und Gehaltsstufen. Damit tritt eine Normalisierung in solchen Positionen ein, was Frauen angeht, also ein positives Erleben der gleichberechtigten Zusammenarbeit von Frauen und Männern im Berufsalltag. So wird auch dem oft unbewussten Rollenverständnis etwas entgegengesetzt, statt es zu erhalten.

Uns ist natürlich klar, dass die Regelungen in den §§ 5 und 6 des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes nur ein Baustein für mehr Geschlechtergerechtigkeit sein können, aber sie sind ein Baustein. Deshalb dürfen die Regelungen in den §§ 5 und 6 auch nicht zum 31. Dezember auslaufen. Das Erreichte kann niemandem genügen.

Ich finde, es sollte in diesem Parlament keine zwei Meinungen darüber geben, ob Geschlechtergerechtigkeit gefördert werden soll. Wir sollten hier gemeinsam keinen Rückschritt zulassen und deshalb geschlossen für den vorliegenden Gesetzentwurf stimmen. Sie können darüber hinaus selbstverständlich gerne jederzeit mehr tun, wie auch wir das tun werden. Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu.

Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

[...]

Kreszentia Flauger (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Riese, ich weiß nicht, ob Sie den Bericht der Landesregierung intensiv gelesen haben und ob Sie ihn hinreichend ernst nehmen. Ich finde, Ihre Aussage, Sie können sich nicht vorstellen, dass eine Frau mit A 16 weniger verdient als ein Mann mit A 16, ist wirklich eine Nullaussage.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Dies scheint mir nicht dafür zu sprechen, dass Sie die Angelegenheit besonders ernst nehmen. Das ist ungefähr das Gleiche, als wenn Sie sagen würden, Sie können sich nicht vorstellen, dass eine Frau mit einem Bruttogehalt von 3 000 Euro weniger Gehalt bekommt als ein Mann mit einem Bruttogehalt von 3 000 Euro. Mehr haben Sie damit nicht geäußert.

(Olaf Lies [SPD]: Immerhin! - Roland Riese [FDP]: Worauf wollen Sie hinaus? - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Er hat noch nicht einmal unrecht!)

Muss ich daraus, dass Sie sagen, das Gesetz, das die SPD hier vorgelegt hat, wirkt etwas aus der Zeit gefallen, etwa folgern, dass Sie mit dem, was erreicht ist, einverstanden sind und Ihnen das reicht? - Mir reicht das nicht; das will ich Ihnen ganz klar sagen. Sie werden sich im Zuge der weiteren Beratung und der Abstimmung der Frage stellen müssen, ob Sie bereit sind, als Beteiligter und Mitglied einer die Regierung tragenden Koalitionsfraktion Verantwortung dafür zu übernehmen, dass in Niedersachsen Gleichberechtigung angestrebt wird, oder ob Sie das nicht wollen. Dazu werden Sie sich positionieren müssen. Wir werden das an Ihrem Verhalten ablesen können.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)